

Amerikas Republikaner in der Sackgasse

Die Niederlage der Republikaner im Shutdown-Drama ist mehr als nur ein temporärer Rückschlag. Sie spiegelt den Kurs einer Partei, die aus den Augen verloren hat, wie man Mehrheiten gewinnt. Von
Andreas Rüesch

Im Kampflärm, der die amerikanische Hauptstadt in den letzten Wochen erfüllte, ist eine Stimme unhörbar geblieben: jene von Hillary Clinton. Das groteske Spektakel auf dem Washingtoner Capitol-Hügel dürfte die Grande Dame der Demokratischen Partei jedoch mit stiller Genugtuung erfüllt haben. Denn mit der Selbstdemontage der Republikaner im jüngsten Budgetstreit wachsen auch die Chancen der früheren First Lady, ihren Traum von der Rückkehr ins Weisse Haus doch noch zu verwirklichen. Ihre Gegner haben mit dem Versuch, Präsident Obamas Gesundheitsreform mit dem Rammbock zu attackieren, einen kapitalen Fehler begangen. Die Taktik, die eine Stilllegung von Teilen des Staatsapparats in Kauf nahm und das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte, ist von der Bevölkerung als Erpressung durchschaut und überwiegend missbilligt worden.

Das Ansehen der Grand Old Party ist dadurch auf einen Tiefpunkt gesunken. Natürlich lässt sich daraus noch keine Prognose für die nächste Präsidentenwahl ableiten, die erst 2016 ansteht. Aber die Episode unterstreicht, dass die Republikaner nach ihrer Niederlage vor einem Jahr nicht aus der Krise gefunden haben. Sie zerfleischen sich in Flügelkämpfen, und ihre radikaleren Exponenten tanzen der schwachen nationalen Führung auf der Nase herum. Die Modernisierung der Partei und die dringend nötige Ausrichtung auf neue Wählerschichten kommen dadurch nicht voran. Das Fundament für Wahlsiege wird nicht über Nacht gelegt; die Vorbereitung dafür erfordert Jahre. Mit Irrläufen wie dem nutzlosen Shutdown erweisen sich die Republikaner dabei einen Bären dienst.

Obamas siegreiche Formel

In historischer Perspektive wäre eine zwölfjährige Herrschaft der Demokraten im Weissen Haus, zuerst unter Obama und dann unter seiner Kronfavoritin Clinton, höchst ungewöhnlich. Seit der Entstehung des modernen Parteienwesens in den USA ist es den Demokraten nur einmal gelungen, das Präsidentenamt mehr als acht Jahre in Folge zu halten. Dies geschah unter den Sonderbedingungen der Grossen Depression und des Zweiten Weltkrieges. Franklin Roosevelt schuf damals mit seiner «New Deal»-Koalition eine Allianz von Wählergruppen - Industriearbeiter, Bauern, Katholiken, konservative Südstaatler und progressive Intellektuelle -, die der Politik bis in die sechziger Jahre den Stempel aufdrückte. Erst als es den Republikanern gelang, den Süden zu ihrer Hochburg aufzubauen, trat eine Wende ein. Von 1969 bis 1993 stellten sie fast ununterbrochen den Präsidenten, wobei die konservative «Reagan-Revolution» bis heute nachwirkt.

Seither jedoch kämpfen die Republikaner an der Urne mit erheblichen

Problemen. In fünf der sechs letzten Präsidentschaftswahlen verfehlten sie das Volksmehr; 2001 konnte ihr Kandidat George W. Bush nur ins Weisse Haus einziehen, weil er eine hauchdünne Mehrheit im Wahlmännerkollegium errungen hatte. Ein Alarmzeichen erkennen republikanische Strategen darin, dass Obama eine neue Koalition von Wählergruppen zusammengefügt hat, die sich als überaus tragfähig erwiesen hat und auch dem nächsten demokratischen Kandidaten - oder der mutmasslichen Kandidatin Clinton - zur Verfügung stehen dürfte. Diese «Regenbogen-Koalition» vereinigt urbane Schichten, Frauen, Junge und vor allem Angehörige ethnischer Minderheiten, deren Gewicht künftig noch zunehmen wird. Obama erzielte 2012 bei der weissen Bevölkerungsmehrheit einen Stimmenanteil von nur 39 Prozent, aber er machte dieses schwache Resultat mit einer phänomenalen Mobilisierung der Nichtweissen wett.

Vor diesem Hintergrund ist klar, wo die Republikanische Partei Lehren ziehen müsste. Sie hat auf nationaler Ebene wenig Chancen, wenn sie mit einem Kandidaten antritt, der zwar vielleicht die konservativen Dogmen verinnerlicht hat, aber ausserhalb der Stammwählerschaft kaum Anklang findet oder gar helles Entsetzen auslöst. Nach der Wahlniederlage Mitt Romneys rief die Parteizentrale dazu auf, der Latino-Minderheit aufgeschlossener zu begegnen und Frauen eine stärkere Stimme zu geben. Der frühere Präsidentschaftskandidat Bob Dole beklagte die ständige Quertreiberei seiner Partei und meinte, dass er und Reagan in dieser Organisation heute kaum mehr willkommen wären. Noch provokativer äusserte sich Bobby Jindal, der Vorsitzende des Verbands republikanischer Gouverneure: Die Republikaner, forderte er vor einem Jahr, sollten aufhören, die «dumme Partei» zu sein.

Jindals Worte haben während der Budgetkrise neue Aktualität erhalten. Denn als klug lässt sich die Shutdown-Taktik schwerlich bezeichnen. Erfahrene Politiker hatten von Anfang an prophezeit, dass Obama keine Abstriche an seiner Gesundheitsreform machen würde, und sie sollten recht behalten. Dennoch liess sich die Parteiführung den Kurs vom radikalen Flügel aufdrängen, in der Hoffnung, dass sich die «jungen Wilden» so ihr Mütchen etwas kühlen könnten. Für das Image der Partei ist dies verheerend. Politische Reife und die Fähigkeit zur Übernahme von Regierungsverantwortung lassen sich auf diese Weise sicher nicht demonstrieren. Die künstlich herbeigeführte Budgetkrise hatte dabei noch eine zweite, oft übersehene Folge: Sie torpedierte den Anlauf zu einer Liberalisierung der Einwanderungsgesetze - eine Reform, die im langfristigen Interesse der Republikaner wäre, weil sie das Verhältnis zu den Latino-Wählern entkrampfen könnte. Die Republikaner im Repräsentantenhaus scheinen jedoch entschlossen, die Reform eines stillen Todes sterben zu lassen. Sie verkennen dabei, dass sich das Gesicht Amerikas rasch wandelt. Hätte das Land noch dieselbe Bevölkerungsstruktur wie 1992, hiesse der Präsident heute Mitt Romney. Doch der Anteil nichtweisser Wähler hat sich seither mehr als verdoppelt - und viele von ihnen fühlen sich durch die immigrantenfeindlichen Parolen der Republikaner abgestossen.

Den Bogen überspannt

Obstruktion der Republikaner muss nicht immer schlecht sein. Ihrem Widerstand gegen die sorglose Ausgabenpolitik der Regierung ist es beispielsweise zu verdanken, dass die Haushaltsdefizite gesenkt werden konnten. Mit gutem Grund wünschen sich viele Amerikaner in Washington eine Gegenkraft zum Zentralismus und zur Staatsgläubigkeit der Administration Obama. Aber mit dem Shutdown hat die Partei den Bogen überspannt. Ihr Weg zurück an die Macht im Weissen Haus wird nun noch steiniger als zuvor. Die grossen Profiteure dieser Entwicklung sind die Demokraten - allen voran jene Politikerin, die hinter den Kulissen das Terrain vorbereitet, um als Amerikas erste Präsidentin in die Geschichte einzugehen.